

Dresdner Volkszeitung

Gedächtnis: Leipzig
Redaktion & Verlag: Nr. 20612. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Danziger:
Satzungspreis einschließlich Bringericht monatlich 275 M., durch
Telegraphen: Dresden 12.00 M.
Telex: Dresdner Volkszeitung.

Zusammensetzung einschließlich Bringericht monatlich 275 M., durch
Telegraphen: Dresden 12.00 M.
Telex: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Zeitung 10. Td. 25 261.
Satzungspreis einschließlich Bringericht monatlich 275 M., durch
Telegraphen: Dresden 12.00 M.
Telex: Dresdner Volkszeitung.

Anzeigenpreis: die 9 geplante Kommerzzeitung 1.90 M., Familienanzeigen
1.00 M., die 9 geplante Reklamezeitung 4.90 M., einschließlich Werbetelegramm.
Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Interesse sind im voraus zu bezahlen. ohne Ver-
sicherung zu Aufnahme an vorgekündigten Tagen. Für Briefübertragung 20 M.

Nr. 53

Dresden, Freitag den 5. März 1920

31. Jahrg.

Organisationspläne des Reichswirtschaftsministeriums

I.

Gesetzte Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung

Der Neuen Zeit entnehmen wir folgendes:

In der Frage der Sozialisierung schieden sich immer deutlich zwei Richtungen: die eine sieht in dieser Frage vor allem ein sozialpolitisches Problem, die andre eine Verteilung des Privat- eigentums an Produktionsmitteln. Schon in Wissels bekannter Denkschrift taucht das Gebilde auf, die Staatsgemeinschaft als Kapital der Einzelunternehmungen stärker zu beteiligen. Was dann noch stark nach Theorie auszahlt, wird heute immer mehr zur volkswirtschaftlichen Notwendigkeit. Während im eigentlichen Interesse eines gewisse fortwährende Gefundung zu beobachten ist — man denkt an das Abschaffen der wilden Streiks, an die Vereinigung der Arbeiter zu Überschüssen usw. —, steht das Kapital im selben Tempo zufrieden das Gel. und fließt vielfach nach dem Ausland ab. Die Warenpreise steigen weiter, und die Wirtschaftsgesellschaften tragen unverantwortliche Arbeit hohe Dividenden aus. Der größte Teil des Kapitalbedarfs der Industrie wird durch Preiserhöhungen anstatt durch Kapitalzuflüsse herbeigeführt. Die Lebenshaltung der unteren Volkschichten sinkt, und die Gegenfrage von arm und reich verschärft sich.

Das Reichswirtschaftsministerium hat deshalb eine Deutlichkeit erarbeitet, und dem Reichskabinett überreicht, die die gemeinschaftliche Kapitalbildung fordert. Diese Art der Kapitalbildung ist — wie aus der Schrift hervorgeht — nur da bestmöglich wo das Privatkapital seine volkswirtschaftliche Pflicht verfügt. Sie kann also nicht als Anfang einer eigenständigen Sozialisierung angesehen werden, vermag aber vielmehr als Verteidigung gegen den Kapitalstreit späterer Sozialisierung vorzubereiten.

Der Inhalt der Denkschrift hat bereits in Bankkreisen, die ihren Inhalt erkannt haben, zu heftigen Erörterungen Anlaß gegeben, und, wie man und berichtet, wird in gewissen kapitalistischen Kreisen bereits eine journalistische Gegenoffensive geplant. Wir halten es deshalb für nötig, die Denkschrift, von der vor kurzem auch uns eine Abdruck auf den Redaktionstisch gelangt ist, nochstehend der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Die amtliche Geheimnisträtemeiste scheint uns in diesem Fall noch weniger angebracht als sonst.

Denkschrift über Kapitalbildung und Kapitalbeschaffung

In immer stärkerem Maße erheben sich Klagen in Industrie und Gewerbe, sowohl von großen wie insbesondere von mittleren und kleinen Betrieben, über die wachsenden Schwierigkeiten der Beschaffung von Betriebskapital. Sie haben bereits zu Debatten im Reichsverband der deutschen Industrie und in der Zentralarbeitsgemeinschaft geführt. Dies ist so mehr als der steigende Kapitalmangel der drohenden Überförderung der deutschen Industrie durch Auslandskapital starke Vorwurf leistet. Wiederum sind im Ausland überall hohe Wertschlüsse flüssig, die ständig den Kurs der deutschen Mark weit unter das durch das Verhältnis von Zahlungs- und Handelsbilanz bedingte Maß drücken, und die zur Zeit in den verschiedensten Formen Anlage suchen.

Volkswirtschaftlich noch bedenklicher als diese privatwirtschaftliche Kapitalnot ist die Tatsache, daß das privatwirtschaftlich gebildete Kapital sich zu sehr großem Teil nicht den Zwecken zuwendet, die im allgemeinen Interesse unbedingt geboten sind. Die volkswirtschaftliche Kapitalbildung für dringend notwendige produktive Anlagen hält mit der privatwirtschaftlichen nicht Schritt. Auch hier ist ein Eingreifen der Regierung, zu dem bereits mehrere Anläufe vorliegen, im Interesse der Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft geboten. Uriade dieser Ercheinungen und die bisher vor geschlagenen Mittel zu ihrer Behebung werden in folgendem umrissen:

L. Die privatwirtschaftliche Kapitalbildungfrage

1. Preis und Kapitalbildung

Die sprunghafte Preissteigerung im Binnenland, die in den letzten Monaten stürmische Formen angenommen hat, geht mit einer, wenn auch nicht ebenso starken gleichartigen Bewegung im Ausland einher. Die Folge ist, daß sich in der Preissteigerung des Binnenlandes die starke Entwertung unserer Mark im Ausland noch keineswegs in voller Höhe ausgewirkt hat.

So gewiß es eine falsche Politik wäre, schon jetzt und möglichst die Inlandpreise den Weltmarktpreisen anzunähern, ist doch aus die Dauer ein so weites Ausweiterlassen zwischen Inland- und Weltmarktpreis, wie es gegenwärtig besteht, unholbar.

Zunächst vollzieht sich die Ausgleichung sowohl durch das Einstromen ausländischer Rohstoffe, wie durch das Abstreben inländischer Fabrikate. Dieser Prozeß, der auch durch eine Verbesserung der Ralatau nur im Maß, aber nicht als Gesamtverbesserung beeinflußt werden kann, wird über Wehrbeleidigkeit noch in den nächsten Monaten weiter fortsetzen. Die Preissteigerung geht erfahrungsgemäß schneller vor sich als die Selbstkostensteigerung. Gleichzeitig werden sich bedeutende neue Kapitalien bilden müssen. Selbst wenn alle das Reichskapital und die anderen Vermögensvermehrungen von den bisher gebildeten in Italien einen Teil verloren würden, sofern sie werden im Zusammenhang mit neuer Preissteigerung, die gleichbedeutend ist mit neuer Geldentwertung, Gewinne in großer Menge zu erwarten sein.

Trotzdem liegt die Industrie mehr und mehr über Kapitalmangel, und zwar sowohl bei Betriebs- wie bei Anlagekapital.

Mahnahmen zur Erfassung des Getreides

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 5. März. Die Reichsregierung hat beschlossen, grundsätzlich das Brämenrecht fallen zu lassen. Sie will ohne Rücksicht auf den Brämensatz des bereits erfolgten Lieferungssolls jedem Landwirt für jeden bis zum 15. März zu liefern oder den Preis am 15. März erhöhen. Für die Lieferungen nach dem 15. März soll sich dieser Preis bedeutend erhöhen. Auf die unbedingte Ablieferung des Mindestsolls bis zum 15. März soll unter allen Umständen bestanden werden.

Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 5. März. Nachdem der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten an das Reich die Aufforderung zur Abhaltung von Verhandlungen mit Sowjet-Russland gestellt hat, werden die Verhandlungen bald aufgenommen werden. Daß Russland ebenfalls das Interesse baldiger Aufführung der wirtschaftlichen Beziehungen hat, geht daraus hervor, daß eine sechzigjährige Kommission aus Russland in Berlin eingetroffen ist. Sie will mit der deutschen Arbeiterchaft in Verhandlungen treten, um die Abahnung wirtschaftlicher Beziehungen zu beschließen.

Starke Erhöhung der Arbeitsleistung im Ruhrgebiet

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 5. März. Im Ruhrgebiet ist die erwartete starke Erhöhung der Arbeitsleistung eingetreten. Wo unter den Arbeitern noch Unstimmigkeiten herrschen, ist das auf Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen, die durch Verhandlungen behoben werden. Alle diese Verhandlungen haben bisher ein gutes Resultat gehabt.

Eine agrarische Drohung

(Eigener Drahtbericht)

Halle, 5. März. Die Hauptverhandlungen des Kreislandesbundes Westfalen hat folgenden Verlauf gezeigt: Unter grandioser Anerkennung des Flüchtigkeits der Landwirtschaft, für die Erhöhung des ganzen deutschen Volkes nach besten Kräften zu fordern, fordern die Vertreter des deutschen Landbundes alle dem deutschen Landbund vereinigten Verbände auf, für alle einzelnen Mitglieder bindende Schlußunterlagen einzurichten, welche jenen herbejußt: für den Fall, daß ferner nichts ratscher Elemente durch Generalstreik der

2. Der Bedarf an Betriebs- (umlaufendem) Kapital

Als Begründung wird etwa folgendes angegeben: Die Preissteigerung schon der wichtigsten inländischen Rohstoffe geht teilweise mit solider Schnelligkeit vor sich, daß die Kapitalausstattung der kleineren und mittleren Betriebe dem nicht mehr folgen kann. Der Kohlenpreis als der Standardpreis der Volkswirtschaft zeigt zum Beispiel folgende Entwicklung:

Städte im Rhein-Moseltal je Tonne	Preis
Durchschnitt 1913/14	14.— M.
* 1914/15	19.80
* 1915/16	16.50
* 1917/18	27.— einjährl. Kohlenst.
1. Jan. bis 30. April 1919	44.—
ab 16. Juni 1919	76.10
1. Oktober 1919	80.80
1. Januar 1920	100.60
1. Februar 1920	110.40

Der Preis für Stabeisen ist von ungefähr 100 Mark die Tonne bei Kriegsausbruch jetzt auf 1750 Mark gestiegen, und neuordnungsverlangen die Werke wieder eine Erhöhung auf 2500 Mark, also auf das Fünfundzwanzigfache des Friedenspreises. Alle diese Preissteigerungen erfolgen sprunghaft, so daß es der verarbeitenden Industrie zum Teil schwer bei diesen inländischen Rohstoffen unmöglich wird, die erforderlichen Kapitalien aus eigenen Gewinnen zu beobachten. Ein Waggon Welle kostet heute ungefähr drei Millionen Mark; ein einziger Stück Lach-Herreroß von 40 Meter, das im Frieden ungefähr 200 bis 250 Mark kostete, wird heute mit ungefähr 12 000 Mark bezahlt. Selbst ein kleiner Maschinenhersteller kann ohne ein Lager von ungefähr 100 000 bis 150 000 Mark nicht mehr arbeiten.

Am stärksten macht sich die Steigerung des Kapitalbedarfs bei denjenigen Waren fühlbar, die der vollen Preisfreiheit überlassen sind. Das Musterbeispiel ist Zeder. Hier hat sich die Lage so gehalten, daß im Aufbau die Kapitalkraft mehr und mehr entscheidet, so daß kapitalstärkere Betriebe durch Kapitalmangel stillgelegt werden.

Die schwierigsten erüben sich noch bei denjenigen Gewerben, die ausländische Rohstoffe verarbeiten. Hier tritt neben der in allen Ländern bemerkbaren inneren Preissteigerung auch der Volutofturz in Erscheinung, so daß hier ein Mehrbedarf allein an Einkaufskapital von Tausenden von Prozenten eine alltägliche Erscheinung ist.

Dazu kommt erstaunend die Polarisierung zahlreicher Unternehmungen mit Auslandschulden. Die Finanzpolitik während des Krieges betrachtete es als ein wichtiges Ziel, die Auslandsverpflichtungen in der Weise zu regeln, daß sie langfristige Kredite empfahl. Man glaubte, daß eine spätere Periode mit günstigem Wirtschaftsstand, als er während des Krieges war, die Abtragung der Auslandschulden leichter

wäre, und Personenbetrieb und damit das wirtschaftliche Leben Deutschlands föhlte, und damit die künftige Entwicklung des Kreises Westfalen im Binnenland mit dem südlichen Niederrhein und dem revolutionären Generalstreik dadurch zu befähigen, daß sie sämtliche Lieferung an die vom Streik betroffenen Städte so lange einstellt, wie der Generalstreik dauert.

Der Umschwung im Obersten Rat

(Eigene Drahtmeldung)

Paris, 5. März. Die Kundgebungen des Obersten Rates der Alliierten in London über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas sind in den Grundzügen fertiggestellt und bedürfen nur noch einer Schlußredaktion, damit sie Freitag oder Sonnabend veröffentlicht werden können. Als feststehend zu betrachten ist die Erlaubnis, die Deutschland erteilt wird, eine große Anleihe in den neutralen Ländern aufzunehmen, um aus andern Erträgen seine Bedürfnisse an Rohstoffen zu decken. Die Londoner Konferenz muß als abgeschlossen betrachtet werden. Die Mitglieder reisen heute ab. Es trafen Meldungen ein, daß die wesentlichen Teile des Verträller Friedens aufrechterhalten bleiben sollen, doch über Deutschland zugelassen werden wird, alle Friedensschädigungen erst in späterer Zeit obzutragen. Diesen Grundsätzen fügt sich auch Präsident Coolidge hinzu, daß die amerikanische Hilfe nicht mehr zu erwarten ist.

In der Sackgasse

Basel, 5. März. Aus London wird gemeldet: Der Oberste Rat hat am Mittwoch über die Friedensbedingungen für Italien beraten. Es ergab sich dabei eine bemerkenswerte Meinungsverschiedenheit unter den Alliierten über einen Antrag, die im Friedensvertrag festzulegenden Grenzen gegen die Tschechoslowakei, Rumänien und Südlawien zugunsten Letzteren abzuändern. Die britischen Vertreter sollen den Antrag unterstützen, während die französischen sich dagegen erklären. Die Times erfahren, daß infolgedessen die Konferenz in einer Art Sackgasse geraten sei. Es werde einige Zeit dauern, bis diese Schwierigkeiten überwunden seien.

Generalstreitpläne in Italien

Basel, 5. März. Der Secolo berichtet, daß der linke Flügel der italienischen sozialistischen Partei beschlossen hat, einen neuen Generalstreik gegen die allgemeine Teuerung und für die ungarischen Kommunisten ins Werk zu setzen.

würde vornehmen lassen. Diese Schulden werden bei dem verweilenden Stand unserer Währung in nicht allzu langer Zeit für eine große Anzahl von Unternehmungen katastrophal wirken und zur Folge haben müssen, daß die Ausländer, um irgendwelche Gegenwerte für ihre Ansprüche zu erhalten, sich einfach gezwungen der deutschen Unternehmungen, die diese Verpflichtungen eingegangen sind, bemächtigen müssen. Wenn dies bis jetzt nicht in größerem Maßstab der Fall war, sondern die Kredite durchweg ziemlich weitgehend verlängert worden sind, so geschieht dies vielleicht deswegen, weil die ausländischen Besitzer zur Stabilität der augenblicklichen deutschen Währung kein Vertrauen haben; anderseits aber doch zugleich vielleicht die Meinung im Ausland bestehen, daß der jetzige Stand der Währung unmöglich dauerhaft sein könnte. Die Gefahr der Überförderung der deutschen Industrie von dieser Seite her liegt zweifellos vor. Es sind jetzt bereits Kapitalschwäche-Betriebe, wie insbesondere Genossenschaften, in einer übermaßbedingten Lage.

3. Das Anlagekapital

Erklärend kommt hinzu, daß die Neuanlagen und auch die Erzählerungen, die jede Industrie braucht, einen ganz unverhältnismäßigen Betrag erfordern. Auch dem hat sich in vielen Gewerbezweigen die eigene Kapitalbildung noch nicht anpassen können. In der Maschinindustrie wird man mit ungefähr dem fünfzehnfachen Betrag gegenüber dem Frieden rechnen können. Demgegenüber reichen alte stillen Reserven nicht aus. Schon beantwortet man den Kapitalmangel hier und da mit Betriebsbeschränkungen, zu denen wieder die Rohstoffe noch die Rohstofflage eine ausreichende Begründung gibt. Eine Erhöhung des Betriebskapitals scheint notwendig, und sie ist nicht überall möglich.

Somit klafft schon allein privatwirtschaftlich gesehen eine nicht überbrückbare Lücke zwischen der tatsächlich vor sich gehenden privaten Kapitalbildung und dem Kapitalbedarf. Die durch die Entwicklung entstehenden Gewinne kammeln sich offensichtlich zum sehr großen, vielleicht zum überwiegenden Teil nicht in denjenigen Händen, die die Produktion leiten, sondern in Zwischenhänden, und zum andern kammeln sie sich häufig bei den Uproduzenten, während die verarbeitende Industrie Kapitalmangel hat. Vielleicht reichen sie auch als Ganzes nicht aus, um den Mehrbedarf an Kapital infolge Preissteigerung selbst bei denselben Unternehmen zu decken.

II. Die volkswirtschaftliche Kapitalbildung

Ein Charakteristikum der neuesten Entwicklung ist die Sack des Kapitals vor Neuauflage. Wohl versteht es sich vor der Steuererhöhung in Ausgaben unproduktiver Art, in teurerem Pelzwerk, geschmückten Stuben, kostspieliger Gardinen und luxuriösen Bildern unklarer Darstellung; es versteht sich geradezu in Rohmaterialien aller Art; neben den Hauptern der Roten ist ein Komplex von Eisenblöden, Holz-